



Nr. 30

21. September 2017

## Inhalt

[Tarifeinheit: dbb klagt vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte](#) +++

[Dauderstädt beim VDStr. Gewerkschaftstag: „Kranken- und Pflegeversicherung wieder paritätisch finanzieren“](#) +++

[Hollmann: Kritik an der Personalplanung der Bildungsministerien](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[NBB: Abgestimmte Digitalisierungsoffensive aller Verwaltungsebenen](#) +++

[Saarland: Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ fortgesetzt](#) +++

[Thüringen: „AzV-Tag“ bleibt erhalten](#) +++

[Baden-Württemberg: Kritik an geplanter Novellierung des Landesreisekostenrechts](#) +++

[GdS: Gesetzliche Rente muss gestärkt werden](#) +++

[VDR: Digitalisierung in der Bildung kein „Allheilmittel“](#) +++

[VBE zum ifo-Bildungsbarometer 2017: Politik muss](#)

[Ausstattung sichern](#) +++

[Pläne zur Infrastrukturgesellschaft des Bundes: BTB fordert Neuausrichtung](#) +++

## [Namen und Nachrichten](#) +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **Tarifeinheit: dbb klagt vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte**

**„Der dbb wird gegen das Tarifeinheitengesetz vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte klagen.“ Das gab der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 19. September 2017 bekannt.**

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte das Tarifeinheitengesetz (TEG) zuletzt für teilweise verfassungswidrig befunden und den Bundestag aufgefordert, es bis Ende 2018 nachzubessern. Entgegen der Einschätzung zahlreicher Verfassungs- und Arbeitsrechtler sowie nicht zuletzt zweier der zuständigen Richter ließen der BVerfG-Senat das TEG aber grundsätzlich gelten. Dauderstädt: „Wir werden mit der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weiterhin juristisch gegen diesen Eingriff in die Koalitionsfreiheit vorgehen.“

Zugleich werde man das Problem im Zuge der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl wieder verstärkt politisch angehen. „Das Ta-

rifeinheitengesetz war schon in der Großen Koalition sehr umstritten. Weitere Parteien wie die FDP, die Grünen sowie die Linke waren ohnehin dagegen. Unabhängig von der Zusammensetzung der nächsten Regierung steht also ein zähes Ringen an, ob und wie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt werden können. Abgesehen von den verfassungsrechtlichen Bedenken stehen auch immer noch unzählige Fragen zur praktischen Umsetzung und zu den Folgen für die Flächentarifverträge ungeklärt im Raum. Und das nur wegen eines Gesetzes, dessen Notwendigkeit bis heute niemand glaubhaft belegen konnte. Das Tarifeinheitengesetz gehört schlicht und ergreifend sofort abgeschafft.“

(01/30/17)

## **Dauderstädt beim VDStr. Gewerkschaftstag: „Kranken- und Pflegeversicherung wieder paritätisch finanzieren“**

**Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 18. September 2017 die sozialpolitischen Forderungen des gewerkschaftlichen Dachverbandes an die kommende Bundesregierung erneuert.**

„Wir werden dafür streiten, dass die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung wieder paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten finanziert wird. Das Einfrieren des Arbeitgeberanteils und die Verlagerung zukünftiger Kostensteigerungen im Gesundheitssystem auf die Schultern der Versicherten muss korrigiert werden“, sagte Dauderstädt beim Gewerkschaftstag der VDStr.- Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten in Willingen. Man wolle außerdem beim Thema Rente weder höhere Altersgrenzen noch steigende Beiträge akzeptieren. „Zudem werden wir tarifpolitisch den Begehrlichkeiten der Arbeitgeber entgegentreten, von den bisherigen Leistungszusagen bei der betrieblichen Zusatzversorgung

zugunsten reiner Beitragsgarantien abzurücken. Solche Einschnitte sind mit uns nicht zu machen“, so Dauderstädt.

Die VDStr.- Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten ist seit 2003 eine Mitgliedsgewerkschaft des dbb beamtenbund und tarifunion. Auf dem Gewerkschaftstag in Willingen wählten die Delegierten mit Hermann-Josef Siebigteroth einen Nachfolger für den Bundesvorsitzenden Sigfried Damm, der nach 20 Jahren im Amt nicht wieder antrat. Dauderstädt gratulierte Siebigteroth zur Wahl und dankte Damm für seine zahlreichen Verdienste um die VDStr. und dbb als „kämpferischer Redner, beständiger Mahner, respektierter Verhandlungsführer sowie gradliniger und loyaler Gefährte“.

(02/30/17)

## Hollmann: Kritik an der Personalplanung der Bildungsministerien

**„Die Politik hat sich bei ihrer Personalplanung offensichtlich von der Hoffnung auf vermeintliche Einsparungen leiten lassen. Als Konsequenz daraus fehlen jetzt flächendeckend Lehrkräfte“, sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann am 15. September 2017**

„Händeringend suchen die Schulen nach Lösungen, weil der Arbeitsmarkt nicht in der Lage ist, den tatsächlichen Bedarf an Lehrkräften zu decken“, so Hollmann. Einige Bundesländer griffen daher in erheblichem Umfang auf Seiteneinsteiger zurück, die erst im laufenden Betrieb die entsprechende pädagogische Qualifizierung erhalten. „Das ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Für die neuen Lehrkräfte, die ins kalte Wasser geworfen und damit enormen zusätzliche Belastungen ausgesetzt werden. Für die erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, die zusätzlich zur ohnehin gestiegenen Belastung etwa durch Integration und Inklusion die Neuen an den Beruf heranführen müssen. Und natürlich für die Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern, die einen Anspruch auf pädagogisch und didaktisch bestens qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer haben. Die Einstellung von Seiteneinsteigern kann erforderlich und sogar bereichernd sein, sie bleibt aber eine Notmaßnahme, die nicht zum Regelfall werden darf.“

Die Länder müssten dringend mit der Qualifizierung der Seiteneinsteiger deutlich vor dem ersten Unterrichtseinsatz beginnen. Erst dann könne sich die berufsbegleitende Weiterqualifizierung einschließlich des Unterrichtens anschließen. „Und natürlich müssen die Länder ihre Universitäten in die Pflicht nehmen und Lehramtsstudienplätze entsprechend des eigenen Bedarfs anbieten, anstatt darauf zu setzen, sich in anderen Bundesländern bei den dort ausgebildeten Lehrkräften zu bedienen“, so die dbb Vize. „Die Politik muss endlich Weitsicht zeigen und in der Haushaltspolitik den Bildungsaufgaben höchste Priorität einräumen. Bildung bedeutet nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe; sie ist eine der tragenden Säulen unserer Demokratie. An Bildung zu sparen bedeutet Kosten in die Zukunft zu verlagern, die am Ende nicht nur jeder Einzelne in seiner Biografie bezahlt. Bildungsausgaben sind deshalb Investitionen in die Zukunft, die sich für die gesamte Gesellschaft lohnen.“  
(03/30/17)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### NBB: Abgestimmte Digitalisierungsoffensive aller Verwaltungsebenen

**„Wer die zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland unstreitig erforderliche Aufholjagd im Bereich Digitalisierung politisch will, muss sich zwingend auch für eine parallele und abgestimmte Digitalisierungsoffensive in den Verwaltungen aller staatlichen Ebenen einsetzen“, sagte der Vorsitzende des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Friedhelm Schäfer, am 19. September 2017.**

Ohne eine auch im Digitalzeitalter leistungsfähige Verwaltung gefährde man einen anerkannten und wesentlichen Standortfaktor, so Schäfer weiter. Dafür seien umgehend enorme Anstrengungen zur Herstellung der erforderlichen Infrastruktur und im Bereich des Personalmanagements erforderlich. Zudem müssten die Einzelinteressen von Gebietskörperschaften dem gemeinsamen Ziel im technischen Bereich untergeordnet werden. Auch datenschutzrechtliche Probleme im staatlichen Bereich müssten durch Optimierungen so schnell als möglich abgebaut werden. „Ich

kann mir für dieses Thema eine Lösung wie in Estland vorstellen. Dort können die Bürger ihre Daten selbst kontrollieren und schützen. Mit meiner digitalen Chipkarte kann ich dort in sehr kurzer Zeit feststellen, ob zum Beispiel das Finanzamt oder die Polizei in den vergangenen Tagen auf meinen zentralen Datensatz zugegriffen hat. Es ist alles in Ordnung, wenn ich den Grund dafür kenne oder den Zugriff nachvollziehen kann. Habe ich allerdings Zweifel daran, warum auf meine Daten zugegriffen wurde, habe ich das Recht auf eine sehr

schnelle Auskunft über den Grund dafür. Werden bei dieser Überprüfung Missbräuche festgestellt, lösen diese drastische, abschreckende Strafen aus. Für mich ist dieses Zusammenspiel aus Schutz durch Staat und Bürger die beste Form von Datenschutz in diesem Bereich überhaupt“, so der Vorsitzende des dbb Landesbundes.

Das System funktioniere in Estland sehr gut und sei unabhängig von Bevölkerungszahlen umsetzbar. „Ein solcher Weg ist aber nur mit einer Politik möglich, die das Vertrauen in staatliches Handeln und staatliche Notwendigkeiten (wieder)herstellt und für dieses Modell offensiv und einmütig wirbt“, sagte Schäfer. (04/30/17)

## Saarland: Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ fortgesetzt

**Am 19. September 2017 wurde der Dialog zwischen der Landesregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen im öffentlichen Dienst des Saarlandes zur „Zukunftssicheren Landesverwaltung“ fortgesetzt. Der dbb saar hat dabei deutlich gemacht, dass der von der Regierung geplante Stellenabbau nur umsetzbar sei, wenn der durchgeführten Aufgabenkritik auch ein Aufgabenwegfall folge.**

Zwar hatte die aktuelle Koalition vereinbart, statt 2.400 nun 2.000 Stellen bis zum Jahr 2022 abbauen zu wollen. Ohne den Wegfall von Aufgaben würde jedoch auch das neue Ziel nach Ansicht des dbb saar zum „Kollaps in den Landesverwaltungen“ führen. Der dbb Landesbund will daher, dass in Bereichen, in denen gesetzliche Pflichtaufgaben zu erfüllen sind und in denen die Belastbarkeitsgrenze der Beschäftigten erreicht oder schon überschritten ist, der Personalabbau und die geltende einjährige Wiederbesetzungssperre gestoppt oder gelockert werden.

Gleichzeitig müsse, so eine weitere zentrale Forderung des dbb saar, der öffentliche Dienst gerade mit Blick auf den demografischen Wandel sein Profil als attraktiver Arbeitgeber schärfen. Dazu gehöre etwa die Aufhebung der zweijährigen Absenkung der Eingangsbesoldung. Insgesamt dürfe die Bezahlung der Beschäftigten nicht schlechter als das durchschnittliche Niveau der übrigen Bundesländer und des Bundes sein. Zudem gelte es, dass Budget für Beförderungen zu erhöhen sowie die Versorgung und Beihilfe für die Beamten abzusichern und weiterzuentwickeln. (05/30/17)

## Thüringen: „AzV-Tag“ bleibt erhalten

**In der Thüringer Arbeitszeitverordnung bleibt der „AzV-Tag“, bei dem Beamte in jedem Kalenderjahr an einem Arbeitstag unter Fortzahlung der Besoldung vom Dienst freigestellt werden, erhalten. „Ich bin sehr froh darüber, dass das Thüringer Innenministerium die Kritik des tbb aufgenommen und diese Änderung am bisherigen Entwurf vorgenommen hat“, sagte der tbb Vorsitzende Helmut Liebermann am 14. September 2017.**

Der erste Gesetzesentwurf hatte die Abschaffung des AzV-Tages für die Beamten vorgesehen. Begründet wurde der Plan damit, dass der entsprechende Tag für die Tarifbeschäftigten im Jahr 2003 ebenfalls gestrichen wurde und daher eine Angleichung notwendig sei. Der tbb hatte das als „in keiner Weise stichhaltig“ zurückgewiesen. „Dann müsste auch eine Angleichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld

erfolgen, da dies eine Ungleichbehandlung in die andere Richtung ist“, so Liebermann. Es dürfe zudem nicht verkannt werden, dass der AzV-Tag jahrelang als Begründung gegen die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte verwendet wurde. Die Streichung des AzV-Tages hätte eine Kürzung der Bezüge um 0,45 Prozent bedeutet. (06/30/17)

## **Baden-Württemberg: Kritik an geplanter Novellierung des Landesreisekostenrechts**

**Der Gesetzentwurf zur Novellierung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), der Landestrennungsgeldverordnung (LTGVO) und der Verwaltungsvorschrift (VwV) zum LRKG des Finanzministeriums von Baden-Württemberg ist beim BBW - Beamtenbund Tarifunion auf erhebliche Kritik gestoßen, da der Entwurf den Schwerpunkt lediglich auf Einsparungen bei Dienstreisen setzt. Das teilte der dbb Landesbund am 20. September 2017 mit.**

Grundsätzlich hatte der BBW die Absicht des Finanzministeriums begrüßt, das Reisekostenrecht des Landes zum Zweck der Vereinfachung und des Bürokratieabbaus zu novellieren und hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens den Belangen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen. Zentrale Forderungen wie die Erstattung der Kosten für die 1. Klasse der Bahn, die einheitliche Erstattung von mindestens 35 Cent je Kilometer bei der Nutzung

des privaten PKW sowie die Aufhebung der Erstattungsbegrenzung auf 50 Prozent bei Beamten auf Widerruf beziehungsweise in Ausbildung seien jedoch außer Acht gelassen worden. Zudem sei trotz der Reduzierung der Regeldichte von 24 auf 14 Paragraphen und dem Wegfall der Landesauslandsreisekostenverordnung keine echte Vereinfachung gelungen.  
(07/30/17)

## **GdS: Gesetzliche Rente muss gestärkt werden**

**Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), Maik Wagner, hat am 14. September 2017 die Politik aufgefordert, nach den Bundestagswahlen die gesetzlichen Maßnahmen zur Absenkung des Rentenniveaus zu korrigieren und die erste Säule der Alterssicherung in Deutschland wieder zu stärken.**

Die Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung habe sich bewährt, obwohl sich die ökonomischen Bedingungen in den vergangenen 60 Jahren mehrfach gewandelt hätten. „Die Kraftanstrengung der Wiedervereinigung, eine zwischenzeitlich hohe Arbeitslosenquote oder auch die Rente mit 63 – alle diese Herausforderungen sind in der Vergangenheit gemeistert worden“, so Wagner. In den nächsten Jahrzehnten werde der demografische Wandel das Umlagesystem vor neue Probleme stellen. „Diese Entwicklung darf je-

doch nicht dazu führen, dass künftige Rentenbezieher zum Sozialfall werden“, mahnte Wagner. Für den Gesetzgeber bestehe die Herausforderung darin, das System über die drei „Stellschrauben“ Renteneintrittsalter, Rentenniveau und Rentenbeitragshöhe so zu stabilisieren, dass langjährige Versicherte weiterhin auskömmliche Altersbezüge erhalten. Hierzu müsse es in der neuen Legislaturperiode über alle Parteigrenzen hinweg eine gesamtgesellschaftliche Diskussion geben, forderte Wagner.  
(08/30/17)

## **VDR: Digitalisierung in der Bildung kein „Allheilmittel“**

**„Die Zukunft unserer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft hängt in großem Maße davon ab, wie es uns gelingt, die unendlichen technischen Möglichkeiten und digitalen Angebote, die individuelle Entwicklung der jungen Menschen und unsere demokratischen Grundwerte miteinander zu verknüpfen“, sagte Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), am 15. September 2017.**

Mit dem Prozess der Digitalisierung gingen zwar große Chancen einher. Sie sei aber kein „Allheilmittel“, man könne damit nicht alle pädagogischen Herausforderungen lösen. Schule in einer digitalen Gesellschaft müsse sich viel-

mehr mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen und beste pädagogische und technische Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. „Dabei spielen zukunftsorientierte Bildungskonzepte beziehungsweise organisatorisch und personell gut aufgestellte Schulen

die entscheidende Rolle. Die Politik ist nun gefragt, damit realistische Bedingungen an den Schulen geschaffen werden können, um so diesen wichtigen Prozess entsprechend umsetzen und begleiten zu können“, forderte Böhm.

Es komme darauf an, die digitalen Strukturen und Medien sinnvoll in die Unterrichtskonzepte einzubinden. Dabei müsse es jedoch immer um den pädagogischen Mehrwert und den Erkenntniszuwachs für die Schüler gehen und niemals um den Einsatz von Technik zum Selbstzweck. Qualifizierte Lehrkräfte seien dabei der ausschlaggebende Faktor. „Den Lehrkräften kommt im Prozess der Digitalisierung

künftig eine noch größere Bedeutung zu. Wer denkt, dass die Lehrkraft in Zukunft überflüssig sein wird oder durch digitale Endgeräte ersetzt werden kann, der hat die Zeichen und die möglichen Risiken einer zunehmend medialen Zeit nicht erkannt“, so der VDR Chef. Zudem erteilte er allen Bestrebungen eine Absage, den Digitalisierungsprozess dahingehend missbrauchen und uminterpretieren wollen, um differenzierte Bildungswege in Frage zu stellen und ideologisch motivierte Einheitsschulsysteme zu installieren.

(09/30/17)

## VBE zum ifo-Bildungsbarometer 2017: Politik muss Ausstattung sichern

„Auch diese Studie bestätigt, dass die Gesellschaft hohe Erwartungen an die Politik hat, wie die Schulen auf das Thema ‚Bildung in der digitalen Welt‘ vorbereitet werden sollen. Dazu gehören sowohl die sächliche Ausstattung, wie auch die Vorbereitung des Personals. Außer vollmundigen Ankündigungen, siehe DigitalPakt Schule, bleibt die Politik bisher hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), angesichts der Ergebnisse des am 14. September 2017 erschienenen ifo-Bildungsbarometers.

Laut der repräsentativen Studie unter 4.000 Deutschen soll etwa mehr Geld in Bildung investiert und die Finanzierung der digitalen Ausstattung durch den Bund bereitgestellt werden (80 Prozent stimmen zu). „Digitalisierung ist in aller Munde, verändert unsere Lebens- und Arbeitsgewohnheiten schon heute. Natürlich möchte die Gesellschaft, dass auch die Schule von den neuen Möglichkeiten profitiert. Was die Politik aber momentan treibt, nämlich ständig Erwartungen zu schüren, sich dann aber zurückzulehnen, ist schlichtweg unterlassene Hilfeleistung. Mit ihrem Vorgehen provoziert die Politik geradezu den Unmut zuungunsten der Lehrerschaft“, so Beckmann.

Kritisch sehe der VBE, dass sich die Meinung, für was investiert werden soll, verschoben habe. Sagten 2014 noch 64 Prozent der Be-

fragten, es solle für kleinere Schulklassen investiert werden, sagten dies aktuell nur noch 53 Prozent. Dafür stieg der Anteil derer, welche die Ausstattung verbessert haben wollen, um sieben Prozent. Beckmann warnte vor einem Trugschluss: „Mehr Computer bedeutet nicht, dass die Klassen so groß bleiben oder gar vergrößert werden können. Wir brauchen ein Umfeld in der Schule, dass Differenzierung, die Förderung aller Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten (Inklusion und Integration) und Raum für Erziehung und soziale Kontakte zulässt. Das geht nur, wenn die Lerngruppengrößen abgesenkt werden.“

(10/30/17)

## Pläne zur Infrastrukturgesellschaft des Bundes: BTB fordert Neuausrichtung

Angehts aktueller Probleme mit öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) fordert die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB) von der Politik, die Pläne zur Bildung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes neu zu bewerten und auszurichten. „Hierzu ist Zeit, Sorgfalt und Fachverstand erforderlich. Das zurückliegende beschleunigte Gesetzgebungsverfahren hat den Ansprüchen nach ausführlicher Beratung und Sorgfalt nicht genügt“, so der BTB Bundesvorsitzende Jan Seidel.

Zuletzt war bekannt geworden, dass der Autobahnbetreiber „A1 Mobil“, der die A1 auf 73 Kilometer in einem ÖPP-Projekt sechsspurig ausgebaut hat, Insolvenz angemeldet hat und nun vom Bund 787 Millionen Euro fordert. Der BTB bemängelt in diesem Zusammenhang nicht nur, dass die zugrundeliegenden Verträge geheim und damit einer öffentlichen Bewertung nicht zugänglich seien, sondern auch,

dass die Probleme schon länger bekannt gewesen sein sollen, und die Mitglieder des Deutschen Bundestages trotzdem nicht vor der Entscheidung über die Errichtung der Infrastrukturgesellschaft des Bundes sowie der damit verbundenen zukünftigen Entwicklung von ÖPP-Projekten im Bereich der Bundesfernstraßen unterrichtet wurden.  
(11/30/17)

## Namen und Nachrichten

Am 14. September 2017 hat der **dbb** zusammen mit seiner Mitgliedsgewerkschaft **komba** die Tarifgespräche über die Arbeitsbedingungen bei der Flughafenfeuerwehr Stuttgart mit der Flughafen-Geschäftsführung fortgesetzt. Es konnte eine Einigung darüber erzielt werden, dass ein erster Schritt zur Arbeitszeitreduzierung bereits ab dem Januar 2018 auf dann 140 Jahresschichten wirksam werden soll. In den Folgejahren werde dann jeweils eine Absenkung um vier Schichten pro Jahr erfolgen, so dass im Jahr 2023 dann 120 Schichten erreicht werden. Als mögliche Kompensation der Senkung der Arbeitszeit wurde eingehend über die Verteilung der täglichen Arbeitszeit diskutiert. Hauptstreitpunkt war jedoch die Grundsatzforderung des **dbb**, dass die Absenkung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu erfolgen habe. Die Verhandlungen werden am 18. Oktober 2017 in Stuttgart fortgesetzt.

Vertreter des **SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB)** haben sich am 20. September 2017 mit dem Sächsischen Finanzminister Georg Unland auf die Modalitäten der Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus dem Frühsommer 2017 verständigt. Die Karlsruher Richter hatten festgestellt, dass sowohl die um zwei Jahre verzögerte Ost-West-Anpassung der Besoldungsgruppen A 10 und höher als auch die um vier Monate verzögerte Übertragung des Tarifergebnisses im Jahr 2008 zu Lasten der Besoldungsgruppen A 10 und höher in Sachsen verfassungswidrig sind. Nach der getroffenen Vereinbarung erhalten alle Beamte, Richter und Versorgungsempfänger der Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 sowie der Besoldungsordnungen B, R, C und W in den entsprechenden Fällen nun Nachzahlungen, die sich auf insgesamt 85 Millionen Euro belaufen sollen.

Das für 2017 mit fünf Millionen Euro im Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt veranschlagte

Budget für Beförderungen kann in das kommende Jahr übertragen werden. Darüber hat die finanzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Eva Feußner, den **dbb** Landesvorsitzenden **Wolfgang Ladebeck** am 19. September 2017 informiert. Hintergrund ist die Tatsache, dass die Erarbeitung eines Beförderungskonzeptes und die Verhandlungen darüber zwischen den Ministerien noch nicht abgeschlossen sind. „Ich verstehe, wenn jede Ministerin und jeder Minister das größte Stück vom kleinen Kuchen abhaben will. Was aber nicht sein darf ist, dass das Geld am Ende des Jahres verfällt, weil sich das Kabinett so spät geeinigt hat und deshalb nicht mehr befördert werden konnte. Deshalb ist die Übertragung des Budgets für 2017 in das Haushaltsjahr 2018 umso wichtiger“, sagte Ladebeck.

Die OECD hat in ihrer Studie „Bildung auf einem Blick 2017“ festgestellt, dass das Ausbildungsniveau bei technischen Ausbildungsberufen international als Aushängeschild Deutschlands gelte. „Wir freuen uns, dass die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz daher die Attraktivität der beruflichen Bildung in den technischen Berufen noch weiter stärken will“, sagte **Eugen Straubinger**, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e.V. (BLBS), am 13. September 2017 mit Blick auf eine entsprechende Ankündigung von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) mit seinen etwa 25.000 Mitgliedern verstärkt die Mittelstandsallianz. Das teilten der VDR und der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) am 18. September 2017 gemeinsam mit. „Der BVMW und der VDR sind vereint im Bestreben, die hohe Qualität der mittleren Bildungsabschlüsse, vor allem des Realschulabschlusses, zu sichern. So kann den Absolventen das Rüstzeug mit auf den Weg in ihr Berufsleben gegeben werden, mit

dem den Zukunftsanforderungen der mittelständischen Wirtschaft – als dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft – nachgekommen werden kann“, sagte der VDR Bundesvorsitzende **Jürgen Böhm**. Die einseitige Orientierung auf akademische Bildungsgänge habe sich als ein struktureller Fehler herausgestellt. „Der hohe Wert und die Qualität Beruflicher Bildung mit allen Entwicklungsmöglichkeiten muss wieder stärker ins Zentrum des bildungspolitischen Handelns gerückt werden.“

„Es ist wichtig für unsere Gesellschaft und deren Zusammenhalt, dass jedes Kind gehört wird. Lehrkräfte haben eine besondere Verantwortung und gleichermaßen eine besondere

Bedeutung für Kinder. Sie ermutigen und begleiten sie auf ihrem individuellen Weg, selbstständige Persönlichkeiten zu werden und ihre Meinung kundzutun. Damit geben sie ihnen eine Stimme“, sagte **Udo Beckmann**, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), anlässlich des Weltkindertages am 20. September 2017. „Kinder sollen in der Schule nicht nur Fachwissen lernen. Sie werden begleitet in ihrer Persönlichkeitsbildung. Dafür braucht es unter anderem pädagogisch hoch qualifiziertes Personal, individuelle Förderung und ansprechende Räumlichkeiten.“ (12/30/17)

#### Kommende Termine:

- 4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“  
25. September 2017, Berlin
- 12. dbb Medienkonferenz "Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Programmqualität?"  
4. Oktober 2017, Berlin
- dbb Gewerkschaftstag 2017  
19. - 21. November 2017, Berlin